GUTENACHRICHTEN

aus Stuttgart und Berlin

August 2011

... zu Beginn der Sommerpause hier ein etwas umfangreicheres Exemplar der Guten Nachrichten!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Sommer ist es die CDU, die sich alle Mühe gibt, die Schlagzeilen in der Sommerpause zu beherrschen. Leider allerdings nicht mit richtigen Ideen zur notwendigen Kontrolle der Finanzmärkte oder anderen wesentlichen Regierungsaufgaben. In der SPD nutzen wir die Zeit, um wichtige Entscheidungen vorzubereiten. Auf dem Bundesparteitag Ende des Jahres soll es nämlich nicht allein um organisatorische Veränderungen zur Öffnung der Partei unter dem Stichwort 'Parteireform' gehen. Wir bereiten uns auch mit Blick auf das Wahljahr 2013 darauf vor, regierungstaugliche Alternativen vorzulegen. Vom Steuerkonzept bis zur Pflegeversicherung und der Rentenregelung ist daher vieles in Arbeit. Während die Parlamentsarbeit ruht, bleibt ausserdem Zeit, sich um langfristig wichtige Lösungen zu kümmern.
Ich selbst bereite zum Beispiel für den Herbst ein Symposium zum Thema „Sichere Lagerung von radioaktivem Abfall" vor. Dazu werde ich mich im September vor Ort in der Schweiz zum Thema Endlagersuche und Bürgerbeteiligung informieren.
Ansonsten gehört die Sommerpause neben Handwerk in Haus und Garten natürlich den Sommerfesten und persönlichen Gesprächen in Stuttgart und seinen Stadtteilen.

Schöne Ferien und viel Freude beim Lesen wünscht Euch und Ihnen

Ute

Inhalt / Auszüge

Berlin:
Atomausstieg
Endlagersuche
Präimplantationsdiagnostik
Lärm auf Bolzplätzen

Stuttgart:
Besuch bei PETA (Tierschutz)
Ausbau der Neckarschleusen
Downhillstrecke

Meine Teams und Kontaktdaten

Der Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Atomausstieg

oder: die verquaste Atompolitik der Bundesregierung

Ein verwirrender Titel? Dann beschreibt er bestens die Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung! Ist deren Handlungsweise doch von niemanden mehr nachzuvollziehen. Selbst viele auch ihren eigenen Reihen geben dies hinter vorgehaltener Hand inzwischen zu.

„Man hat viel Zeit und Geld vergeudet mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg“, sagt dazu Ute Vogt bei einer Veranstaltung zum Thema Atomausstieg des SPD Ortsvereins Bermatingen / Ahausen am Bodensee. „Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde ein rechtssicherer Konsens mit den Betreibern gefunden, den die aktuelle Bundesregierung ohne vernünftigen Grund aufgekündigt hatte und dabei auch noch die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern wollte.“

Nach Fukushima kam dann die Kehrtwende. Weniger aus Überzeugung als vielmehr dem öffentlichen Druck geschuldet, kehrt die Kanzlerin nun zum Atomausstieg zurück. Dabei sind die Diskussionen und Auseinandersetzungen mit den großen Energieunternehmen noch lange nicht beendet. Wahrscheinlich drohen sogar gerichtliche Auseinandersetzungen.

Warum das alles? Weil schwarz-gelb einseitig die Interessen der großen Energieanbieter befriedigen wollte. Das Hin und Her hat aber auch diesen geschadet. Nun droht beispielsweise bei der EnBW Stellenabbau. Jahrelang hatte man dort einseitig auf Atomstrom gesetzt. Nun sollen die Mitarbeiter die Zeche bezahlen.

Doch auch in der jetzt anstehenden Energiewende werden schon wieder die alten Fehler begangen. Das neu gestaltete Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) bevorzugt wieder die Großen und benachteiligt die kleiner Erzeuger. Ob bei der Windkraft oder der Biomasse und auch durch eine neu eingeführte Marktprämie! Wer zentral in Großanlagen investieren kann, wird deutlich besser gestellt. Zudem will die Bundesregierung ein Atomkraftwerk als „Kaltreserve“ behalten. Ein vollkommener Nonsens, braucht ein AKW doch viel zu lange, bis es hochgefahren ist. Dazu kommt noch ein immens teurer Standby-Betrieb.

Drängen hier schon wieder die von den großen Energieanbietern eingeimpften alten „Atomgene“ in der schwarz-gelben Koalition an die Oberfläche? •••

Den Aktionstag "Kultur gut stärken" des deutschen Kulturrates unterstützte Ute Vogt gerne. Denn die Idee, am UNESCO-Welttag der kulturellen Vielfalt einen Aktionstag zu veranstalten, findet sie sehr gut. „Denn es sind die künstlerisch Kreativen, die dafür sorgen, dass wir über eine so reichhaltige Kulturlandschaft verfügen“, so Vogt.

Ute Vogt präsentiert sich ebenfalls mit dem "K" - dem Symbol für "Kultur gut stärken"

Weitere Informationen gibt es auf der Website www.kulturstimmen.de/kulturmenschen

Die Energiewende ... in naher Zukunft machbar

... allen Unkenrufen zum Trotz...

Allen Unkenrufen zum Trotz bestätigen immer mehr wissenschaftliche Untersuchungen, dass ein schneller Atomausstieg mit einem Wechsel hin zu erneuerbaren Energien in naher Zukunft machbar ist. Dabei werden in einer Übergangsphase auch mehr oder weniger neue konventionelle Kraftwerke benötigt. Allerdings keine alten „Dreckschleudern", sondern vor allen Dingen hocheffiziente Gaskraftwerke. Eine gesicherte Energieversorgung muss bei der Energiewende an vorderster Stelle stehen. Denn in der SPD gelten dazu die drei Kriterien: erstens die Versorgungssicherheit, zweitens die Verantwortbarkeit und drittens die soziale Verträglichkeit.
Verschiedene Modellrechnungen bestätigen, dass die für die Energiewende notwendigen Steigerungen der Energiekosten moderat ausfallen werden. Es wird sogar davon ausgegangen, dass nachdem der größte Teil der Energieversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt ist, es wieder einen Rückgang bei den Energiekosten geben wird.

Eine Schlüsselposition wird auch einer dezentralen Energieversorgung zukommen

Deshalb muss es eine Förderung dieser Eigenversorgung geben. Denkbar wäre die finanzielle Förderung von Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung direkt in Wohngebieten. Dadurch besteht für Kommunen auch die Möglichkeit unabhängig von einer reinen Außenversorgung zu werden und eine eigene hoch effiziente Energieversorgung aufzubauen. Kommunen und Bauträger können vor Ort ihren Energiemix am besten planen, individuell auf den Bedarf abgestimmt, ohne große Verluste und mit kurzen Leitungswegen. Bevor man in der Sahara quadratkilometergroße Solaranlagen baut und Leitungen durch das Mittelmeer und über die Alpen zieht und bevor man weitere Speicherkraftwerke in Norwegen nutzt, sollte man die Planungen direkt vor Ort verstärken. Dies ist auf Dauer günstiger und effizienter. Die Kommunalen Stadtwerke in Stuttgart sind jedenfalls ein wichtiger Bestandteil, um diese Dezentralität zu stärken.

Der notwendige Netzausbau ist eine nicht unerhebliche Herausforderung, die mit etlichen Schwierigkeiten verbunden ist. Neben den Kosten werden hier vor allem Widerstände gegen Hoch- und Höchstspannungsleitungen durch bewohntes Gebiet eine große Rolle spielen. Dies wiederum spricht für eine standortnahe Energieversorgung, bei der keine großen Wege überbrückt werden müssen. Dabei aber kleine und mittlere Zellen wie Wohngebiete oder Städte durch direkte Vernetzung untereinander Versorgungssicherheit erhalten.

Die Förderung von Energieeinsparung wird ein weiterer Schritt bei der Energiewende sein. In vielen Feldern des privaten wie wirtschaftlichen Lebens gibt es hier viel Potential. Die soziale Verträglichkeit darf aber auch hier nicht zu kurz kommen. •••

Abstimmung im Bundestag zur Präimplantationsdiagnostik

Nach Abwägung aller Argumente habe ich mich entschieden, für ein Verbot der PID zu stimmen. Bei der Abstimmung in Bundestag am 07.07.2011 hat sich aber mehrheitlich der Antrag durchgesetzt, der die PID in engen Grenzen zulässt.
In dieser Legislaturperiode habe ich zu keinem Thema mehr Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern erhalten. Sehr beeindruckt hat mich, mit welchem Vertrauen und Mut mir Betroffene einen kleinen Einblick in das Leid der Familien mit Erbkrankheiten gegeben haben.
Es war nicht leicht, bei diesem Thema eine Entscheidung zu treffen. Ich war von Anfang an sehr sehr skeptisch in Bezug auf PID, da ich die große Sorge habe, dass die Zulassung zu einer Auslese von Menschen führen kann. Nicht Wunschkind, sondern Kind nach Wunsch bzw. Maß könnte die Folge sein.

Ich befürchte zukünftig einen wachsenden Druck auf Frauen, ein gesundes Kind zur Welt zu bringen und eine PID durchführen zu lassen. Frauen sollten sich nicht rechtfertigen müssen, warum sie ein Kind mit Behinderung zur Welt bringen, obwohl die PID erlaubt ist. Die schweren physischen und psychischen Belastungen von Frauen und die auf sie einwirkenden gesellschaftlichen Zwänge und Erwartungen werden dadurch bestimmt nicht kleiner.

Die treffendste Rede zum Thema hat für mich Biggi Bender gehalten. Leider hat die Stuttgarter Presselandschaft nicht nur diese Rede, sondern auch insgesamt die Positionen der örtlichen Abgeordneten unbeachtet gelassen! Die Rede von Biggi Bender ist daher auch auf meiner Homepage zu finden. •••

Besuch im Hafen

Thema: Sanierung und Ausbau der Neckarschleusen

Zum Thema Sanierung und Ausbau der Neckarschleusen trafen sich im Stuttgarter Hafen Gustav Herzog MdB, Berichterstatter der SPD- Bundestagsfraktion für Binnenschifffahrt im Verkehrsausschuss, Hafendirektor Carsten Strähle und Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes. Den Gesprächstermin begleiteten auf Einladung der beiden Stuttgarter SPD- Bundestagsabgeordneten Ute Kumpf und Ute Vogt auch Bezirksvorsteher und Bezirksbeiräte der betroffenen Stadtteile.

Dringlich war dieser Termin aufgrund drohender Fehlentscheidungen der schwarz-gelben Bundesregierung. Nicht zuletzt durch den Einsatz der ehemaligen Staatssekretärin Karin Roth (SPD) war ursprünglich der Ausbau aller Neckarschleusen bis Plochingen in der großen Koalition als notwendig erkannter Bestandteil zur Stärkung der Wasserstraßen vorgesehen. Im nunmehr CSU- geführten Verkehrsministerium sehen die Planungen jetzt vor, die Neckarschleusen südlich von Heilbronn nicht weiter auszubauen und somit auch den Stuttgarter Hafen wirtschaftlich abzuschneiden.

Gespräche bei der Hafenrundfahrt

v.l.n.r.: Gustav Herzog MdB, Ute Kumpf MdB, Hafendirektor Carsten Strähle, Ute Vogt MdB

Sozial Aktive und ehrenamtlich Tätige zu Besuch in Berlin

Auf Einladung von Ute Vogt fanden sich sozial aktive und ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger aus Stuttgart und der Region in der Bundeshauptstadt Berlin ein. Dabei waren unter anderen auch Mitarbeiter des Gradmann Hauses in Kaltental, des Stadtjugendrings, der evangelischen Jugendarbeit sowie Mitglieder der alevitischen Gemeinde Stuttgart und der Kreuzkirchengemeinde. Im Rahmen des viertägigen Aufenthaltes wurden verschiedene politische Einrichtungen besucht. Dazu gehörten die SPD-Parteizentrale, das Willy-Brandt-Haus, das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Weiterhin der Deutsche Bundestag, wo eine Plenarsitzung live verfolgt werden konnte und im Anschluss daran ein Gespräch mit Ute Vogt stattfand, bei dem viele Fragen zur politischen Arbeit in Berlin beantwortet wurden. Und auch dem Zentrum der Regierungsmacht, dem Bundeskanzleramt wurde ein Besuch abgestattet. Der Berlinaufenthalt fand bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine durchweg positive Aufnahme, konnten doch vielfältige und durchaus auch spannende Eindrücke gesammelt werden. •••

Ein Foto der Besuchergruppe mit Ute Vogt in der Glaskuppel des Reichstagsgebäudes rundete den Besuch des Bundestages ab.

Endlager: Bis heute gibt es weltweit kein einziges Endlager für hochradioaktiven Müll

Diesen Fakt muss man sich einmal ganz in Ruhe durch den Kopf gehen lassen

Seit rund einem halben Jahrhundert gibt es in Deutschland Atomkraftwerke. Parallel dazu wurde im Atomgesetz verankert, dass der Betrieb der Atomkraftwerke davon abhängig ist, ein geeignetes Endlager für die anfallenden radioaktiven Abfälle zu finden. Der Salzstock in Gorleben ist bis heute die einzige Stelle an der die Möglichkeit für ein Endlager für hochradioaktiven Müll in Deutschland untersucht wird. Dies ist auch der Grund dafür, warum an Gorleben so eisern festgehalten wird. **Ohne Gorleben entfiele die rechtliche Grundlage für den Betrieb von Atomkraftwerken in Deutschland! Irre?** So könnte man es ausdrücken, wäre die Gefahr durch radioaktiven Müll für Mensch und Umwelt nicht so groß.

Was passierte eigentlich zwischenzeitlich mit dem Atommüll aus Deutschen Kernkraftwerken? In den vergangenen Jahren wurde ein großer Teil davon zur Wiederverwertung in Wiederaufarbeitungsanlagen ins Ausland (Frankreich, Großbritannien, Russland) gebracht. Die dabei angewendete Technik wurde in Deutschland erst gar nicht großtechnisch eingeführt. Zu groß sind die damit verbundenen Risiken. Entsteht bei der Wiederaufarbeitung doch hochgiftiges, waffenfähiges Plutonium.

Inzwischen darf deutscher Atommüll nicht mehr „exportiert“ werden. Er wird stattdessen in Zwischenlagern wie Gorleben und an den AKW-Standorten in Castor-Behältern in Lagerhallen aufbewahrt. Sicherlich keine besonders sichere Lagerung, das ist richtig.

Doch was ist mit Gorleben? Nach den Erkenntnissen, die wir im Untersuchungsausschuss gewonnen haben, sehe ich persönlich keine andere Möglichkeit als Gorleben aufzugeben. Der potentielle Endlagerstandort Gorleben ist verbrannt – politisch, juristisch und wissenschaftlich. Einjähriges Aktenstudium und Zeugenvernehmungen im Gorleben-Ausschuss lassen kein anderes Fazit zu. Entsprechend signifikant dokumentierte ein Ministerialbeamter der Kohl- Regierung 1983 in einem Aktenvermerk: "Die politische Zielvorgabe (der schwarz- gelben Bundesregierung) läuft daraus hinaus, ein (…) hinreichend sicheres Endlager zügig zu errichten. Es geht nicht um das bestdenkbare Endlager irgendwann." Das belegt: Politischer Druck nicht wissenschaftliche Eignung gab den Ausschlag für Gorleben.

Die Empfehlungen der Ethik- Kommission geben nun eine Richtung vor, indem sie eine "rückholbare Endlagerung" vorschlagen. Unter der Beachtung des heutigen Standes von Wissenschaft und Technik, scheidet eine Lagerung in Salz damit eigentlich aus. Denn Salz soll die Abfallbehälter umschließen, eine Rückholbarkeit ist ausdrücklich nicht vorgesehen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Ethik-Kommission nimmt damit Gorleben aus dem Rennen.

Die Stichworte sollten daher lauten: ergebnisoffene Endlagersuche an mindestens drei Standorten, alternativ zueinander und mit präzisen, nachvollziehbaren Kriterien. Wir müssen Deutschland als „weiße Landkarte“ betrachten und den bestmöglichen Standort im Vergleich von mehrerer Optionen suchen. Kein Bundesland darf sich hier vorher aus der Verantwortung stehlen. Jedoch wird die Vorgabe aus dem Atomgesetz, hochradioaktives Material für eine Million Jahre sicher zu entsorgen, auch künftig kein Wissenschaftler seriös für einen Standort verbindlich zusagen können. Stattdessen sollten andere Optionen ernsthaft geprüft werden. Denkbar wäre eine unterirdische Lagerung, bei der der Müll hermetisch abgeschlossen ist, aber rückholbar bleibt.

Eine rückholbare Zwischenlagerung soll auch **die Möglichkeit offen halten, möglicherweise in naher oder ferner Zukunft wieder an den atomaren Müll zu gelangen**. Sei es um ihn durch neue Verfahren wie Transmutation in weniger gefährliche Stoffe umzuwandeln oder um ihn ggf. noch besser und sicherer lagern zu können, als dies mit den heutigen Mitteln möglich ist.

"Endlager- Papst" Kühn im Untersuchungsausschuss Gorleben ohne Einsicht

Bei der Zeugenvernehmung von Prof. Kühn wurde sehr schnell klar: Wenn man hier Einsicht erwarten würde, von jemanden der jahrzehntelang auf die falsche und mittlerweile abgewählte Atomtechnik gesetzt hat, würde man enttäuscht den Saal verlassen. Prof. Kühn war Mitbegründer der "Kerntechnischen Gesellschaft", einer Lobby von Wissenschaftlern im "Atomforum". Auch im "Deutschem Atomforum" selbst arbeitete Kühn in den 1980er Jahren in verschiedenen Arbeitsgruppen mit, teilweise gleichzeitig mit Verantwortlichen der Gorleben-Entscheidung. Von 1965 bis 1995 arbeitete Kühn für die "Gesellschaft für Strahlenforschung" später "Helmholtz- Zentrum München". Beide Organisationen waren von 1964 bis 2009 wiederum Mitglied im Deutschen Atomforum.

Ab 1995 war Prof. Kühn Wissenschaftlicher Leiter der Asse. Zu seiner Verantwortung dort – Stichwort: "Absturztechnik" und "Laugeneinflüsse" - wurde Kühn zwei Mal im Asse- Untersuchungsausschuss in Hannover befragt. Auch beim Gorleben-Moratorium der rot- grünen Bundesregierung im Jahre 2000 war Kühn schnell zur Stelle: Als Mitverfasser einer Klage des Freistaates Bayern gegen das Moratorium und als "Negativ- Gutachter" im Auftrag der Energieversorgungsunternehmen.

Prof. Kühns Verflechtung mit der Atomindustrie ist evident. Die Frage, ob er sich angesichts seiner zahlreichen Verbindungen mit zahlreichen Lobbyorganisationen noch als "unabhängigen Wissenschaftler" sehe, beantwortete Kühn mit: "Natürlich!" Weniger Einsicht geht nicht.

Die Methode Gorleben wird immer deutlicher: In den Ministerien und den nachgelagerten Behörden saßen die beamteten Wissenschaftler als "Strippenzieher", flankiert von der angeblich unabhängigen Wissenschaft, diese wiederum teilweise gesponsort von der Atomlobby. Wer Kritik am Projekt Gorleben äußerte, wie der ebenfalls im Ausschuss vernommene international renommierte Geologe Prof. Duphorn, wurde abserviert. Der ehemalige Forschungsminister Volker Hauff skizzierte diese Problematik bei seiner Vernehmung im Asse-Untersuchungsausschuss folgendermaßen: "Es war offensichtlich eine Art "closed shop" mit der Ächtung Andersden- kender."

Es bleibt die Frage nach den Motiven der "closed shop"- Gruppe. War Kühn ein wissenschaftlicher Politiker oder politischer Wissenschaftler? Die Übergänge erscheinen fließend. Oder, wie in Gorleben: Nicht vorhanden.

•••

Reden im Bundestag

Alle Reden in voller Länge findet Ihr auf meiner Homepage

26.05.11 | Rede zur 2./3. Beratung zum 10. Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Privilegierung des von Kindertageseinrichtungen und Kinderspielplätzen ausgehenden Kinderlärms

23.03.11 | Rede in der Aktuellen Stunde zum Thema "Konkrete Anforderungen insbesondere des Bundesumweltministeriums für die Sicherheitsüberprüfung deutscher Atomkraftwerke"

10.02.11 | Rede zum Antrag der SPD- Fraktion "Gorleben – Echter Dialog statt Enteignung"

17.12.10 | Rede in der Aktuellen Stunde zu den Castor-Transporten nach Mecklenburg-Vorpommern

02.12.2010 | Rede zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Blockade beim Bodenschutz aufgeben – EU Bodenschutzrahmenrichtlinie voranbringen“

11.11.10 | Rede zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Kinderlärm.

07.10.2010 | Zweite Beratung zum Neunten Gesetz zur Änderung des Bundes- Immissionsschutzgesetzes

06.10.10 | Rede in der Aktuellen Stunde zum Thema Stuttgart 21.

10.06.10 | Rede zum Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Beteiligung der Energiekonzerne an den Kosten für das Atommülllager Asse

20.05.10 | Rede zum Antrag der Fraktion Die Linke: Für eine immissions- und baurechtliche Privilegierung von Sportanlagen

26.03.10 | Rede zum Antrag der SPD: Keine weiteren Erkundungen des Salzstocks Gorleben vor Abschluss des Untersuchungsauschusses

04.03.10. | Rede zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion DIE LINKE sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

25.02.10 | Rede zur Neununddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen – 39. BImSchV)

18.12.09 | Rede in der Ersten Beratung des Entwurfs von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen eines Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

• • • •

Beschluss zu Kinder- und Jugendlärm auf Spiel- und Bolzplätzen unzureichend

Dank Schwarz-Gelb keine Rechtssicherheit für Stuttgarter Jugendliche

Endlich waren sich alle Fraktionen im Bundestag einig: Lärm von Kinderspielplätzen darf nicht mehr als schädliche Umwelteinwirkung eingestuft werden. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Trotz vollmundiger Ankündigungen hat sich Schwarz- Gelb allerdings vor der dringend notwendigen Regelung beim Lärm, der von Jugendeinrichtungen und Bolzplätzen ausgeht, gedrückt.

Zum Hintergrund: Im Umweltausschuss fand eine Anhörung zum Thema Lärm statt. Die SPD-Fraktion folgte meinem Vorschlag, hierzu auch einen Sachverständigen aus Stuttgart einzuladen. Rainer Grund, der stellvertretende Leiter des Baurechtsamts, konnte wertvolle Impulse aus der Praxis geben. Der Anhörung vorangegangen war die Einbringung eines Gesetzentwurfs in den Bundestag durch die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP. Der Gesetzentwurf enthielt jedoch keine Regelungen für Einrichtungen für Jugendliche im Alter von 14- 18 Jahren.

Da ich eine künstliche Unterscheidung zwischen Kindern und Jugendlichen für falsch halte, habe ich zwei Anträge in den Bundestag eingebracht, die im Umweltausschuss beraten wurden. Ziel dieser SPD-Anträge war die Verbesserung der Situation von Jugendlichen - gerade auch in Stuttgart. Der eine Antrag sah vor, nicht nur Einrichtungen für Kinder, sondern auch solche für Jugendliche im Bundesimmissionsschutzgesetz zu privilegieren. Der zweite Antrag beschäftigte sich mit der Situation von Bolzplätzen. Bislang ist nicht klar, welche Regelungen auf Bolzplätze Anwendung finden sollen. Dieser Rechtsunsicherheit sollte durch die ausdrückliche Einbeziehung von Bolzplätzen in die Sportanlagenlärmschutzverordnung Abhilfe geschaffen werden. Außerdem wurde die Bundesregierung aufgefordert, die dann für Bolzplätze und Sportanlagen maßgeblichen Immissionsrichtwerte, die tagsüber in allgemeinen Wohngebieten, Kleinsiedlungsgebieten und reinen Wohngebieten Anwendung finden, um 5 db(A) zu erhöhen.

Die Abgeordneten der CDU/CSU sowie der FDP stimmten sowohl im Umweltausschuss als auch im Bundestag gegen die Anträge. Dies beweist einmal mehr, wie viel Schwarz-Gelb wirklich an einer kinderfreundlichen Gesellschaft gelegen ist.

Hier meine Rede anlässlich der abschließenden Beratung im Bundestag:

Herr Präsident,
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dies ist sicherlich ein dankbares Thema für den Minister; denn wir sind uns bei diesem Gesetzentwurf durchaus in den wichtigen Teilen, die uns heute vorliegen, parteiübergreifend einig.

Ich beginne mit Erlaubnis des Präsidenten mit einem Zitat von Frank Patalong in Spiegel Online aus dem April dieses Jahres: Eigentlich sollte uns dieses Gesetz zutiefst beschämen. Er führt aus, man könne sich durchaus Gedanken darüber machen, dass es bedauerlich ist, dass man ein solches Gesetz überhaupt braucht, und man treffe diese Regelung in einem Gesetz, das eigentlich für Immissionen von Abgasanlagen und Industrieanlagen zuständig ist. Daran ist durchaus etwas, wenn man die gesellschaftliche Situation betrachtet: Man kann bedauern, dass wir dies überhaupt regeln müssen, weil sich zu viele Menschen beklagen und sogar gerichtlich gegen Kinderspielplätze oder Kindertagesstätten vorgehen.

Aber entscheidend ist für uns, dass wir nicht darüber trauern, dass es solche Zustände gibt, sondern dass wir den Kindern mit diesem Gesetz Freiräume schaffen und dass wir dies parteiübergreifend tun. Vor allem sorgen wir dafür, dass für Kinderlärm eine Privilegierung gilt und er daher dem Spielen und Sich- Entfalten nicht im Wege steht.

Ausdrücklich bedanke ich mich bei der Landesregierung von Rheinland- Pfalz, die mit ihrer Bundesratsinitiative im November 2009, also schon vor anderthalb Jahren, die Grundlage dafür geschaffen hat, dem Ganzen zusammen mit Anträgen der Opposition etwas Nachdruck zu verleihen. Daher kommen wir heute wenigstens in diesem einen Feld, was die Kinder betrifft, zu einer Sicherheit, wenngleich die Rechtssicherheit, wie Sie ja selbst gesagt haben, Herr Minister, erst dann gegeben sein wird, wenn, wie im SPD-Antrag vermerkt, auch das Baurecht und andere damit zusammenhängende Rechtsvorschriften geändert werden.

Trotzdem möchte ich mein Bedauern darüber ausdrücken, dass Sie mit diesem Gesetzentwurf doch ein ganzes Stück hinter dem zurückbleiben, was die Realität heute erfordert. In unserer Anhörung vom 14. März 2011 hat der Sachverständige Rainer Grund vom Baurechtsamt Stuttgart dazu etwas Treffendes gesagt. Er beschreibt, wie er es nennt, die offene Flanke, die dieser Gesetzentwurf bietet. Ich zitiere aus dem Protokoll der Anhörung:

Der Gesetzentwurf, der jetzt vorliegt, beschäftigt sich eigentlich nur mit dem Kinderlärm durch Kindertagesstätten oder durch klassische Spielplätze. Im praktischen Vollzug ist das der Bereich, der am wenigsten Probleme aufwirft.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, halte ich für zutiefst bedauerlich. Auch Sie, Herr Minister, haben mit keinem Wort erwähnt, dass die Kindheit eben nicht endet, wenn man den Kinderspielplatz verlässt. Sie endet auch nicht mit 14 Jahren; das ist meistens das Höchstalter, bis zu dem man einen Kinderspielplatz nutzen darf. Vielmehr haben auch die Jugendlichen ein Recht darauf und hätten es verdient, dass Sie als Bundesregierung ihr Anliegen aufnehmen und sich zur Lobby auch von jungen Menschen machen, nicht nur zu der für Kinder bis zu 14 Jahren.

... weiter auf der nächsten Seite

Wenn wir einerseits die Erkenntnisse aus den Anhörungen es war nicht nur der eine Sachverständige, der solche Ausführungen gemacht hat zugrunde legen und andererseits sehen, was uns zum Beispiel eine FDP- Kollegin im Ausschuss erläutert hat, tut sich ein Widerspruch auf. Sie sagte nämlich, der Kinderlärm bedürfe einer Regelung, denn man könne den Kindern nicht so gut sagen, dass sie still sein sollen, sie verstünden das noch nicht; Jugendlichen hingegen könnte man solche Hinweise durchaus geben.

Stellen Sie sich das einmal bildlich vor: Die Kollegin Skudelny rennt in Stuttgart von Bolzplatz zu Bolzplatz und sagt den Jugendlichen, sie sollen aber bitte ein bisschen leiser sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist weltfremd, und es ist auch ganz schön albern, welche Vorstellungen Sie haben. Sie drücken sich davor, eine Lösung für ein Thema zu finden, das den eigentlichen Konflikt vor Ort schafft.

Denn wenn Jugendliche ihrer Spielfreude Ausdruck verleihen wollen, macht dies viel mehr Probleme, aber für sie ist viel weniger Lobby vorhanden. Es wäre mutig und richtig gewesen, wenn Sie auch bei diesem Gesetzentwurf nicht bei den Kindern geendet hätten.

Deshalb appelliere ich an Sie, dass Sie die vorliegenden Anträge der Opposition nicht in gewohnter Art und Weise beiseitelegen und nicht einfach sagen: Wir haben die Mehrheit, hurra, jetzt setzen wir uns einmal allein mit dem durch, was wir für richtig halten.

Wir haben uns als Opposition parteiübergreifend entschieden, Ihrem Gesetzentwurf zuzustimmen. Man könnte jetzt auch im Sinne einer guten demokratischen Kultur sagen: Im Gegenzug stimmen Sie den Anliegen der Opposition zu.
Dazu zählt das Anliegen, eben auch Bolzplätze, Baseballanlagen, Skateranlagen und auch wohnortnahe Sportplätze einzubeziehen und vor allem gleichzustellen. Das alles ist in den Anträgen der Opposition enthalten. Ich kann Sie nur bitten: Schieben Sie das Ganze nicht auf die lange Bank. Die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU und der FDP aus dem Sportausschuss vielleicht sind diese manchmal ein bisschen näher an der Realität haben einen eigenen Antrag eingebracht, in dem Sie ausdrücklich aufgefordert werden, auch Rechtssicherheit bei der Beurteilung von Lärm der Jugendeinrichtungen zu schaffen.

In diesem Sinne bitte ich Sie ganz dringend: Stimmen Sie auch den Oppositionsanträgen zu. Damit würden wir ein Gesetz verabschieden, das im Grunde genommen allen gerecht wird, Kindern und Jugendlichen. Wir hätten auch ein Stück Geschichte geschrieben, weil wir einmal nicht nur hinsichtlich des Gesetzes einig sind, sondern auch bei den dazu gehörenden Anträgen. •••

Schülercafé im Zebra: Projektarbeit möglich Dank EU-Fördermitteln
Ute Vogt mit René Böckle, Jörg Titze und Kurt Klöpfer von der Evangelischen Jugend Stuttgart

Die Evangelische Jugend Stuttgart bekommt aus dem europäischen Förderungsfonds Projektgelder, die in die Jugendarbeit fließen. In erster Linie werden sie für Integrationsprojekte von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verwendet. Der Gesamtleiter der Evangelischen Jugend Stuttgart, Jörg Tietze, traf bei der Veranstaltung in Berlin, wo die Projekte präsentiert wurden, Ute Vogt und lud sie ins Schülercafé Zebra in Bad Cannstatt ein (Foto oben).

Girls Day 2011: Mehr Mädchen in die Politik (Foto unten)

Die Elftklässlerin Josefine Geib von der Freien Waldorfschule am Kräherwald begleitete einen Tag lang Ute Vogt im Bundestag in Berlin. Josefine bekam so am bundesweit stattfindenden Girls Day am 14. April Einblicke in das Arbeitsleben von Abgeordneten.
Der Girls Day leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben. Insgesamt waren 70 Schülerinnen aus ganz Deutschland bei der SPD-Bundestagsfraktion zu Gast. Im Rahmen eines Planspiels erlebten die Schülerinnen u.a., wie man einen Gesetzentwurf einbringt.

Wahlkreis Stuttgart

Auf dem Anna-Scheufele-Fest: Bummeln durch die Spielstraße.

Jedes Jahr auf´s Neue schön:
Das Anna-Scheufele- Fest. Die Bürgerinitiative Kaltental veranstaltet es bereits zum 38. Mal! Nach einer Stärkung schaute sich Ute Vogt gemeinsam mit Herrn Meißner, dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative, Herrn Schwollius, dem Ehrenvorsitzenden und vielen Kommunal- und Landespolitikern verschiedener Fraktionen die Spielstraße und die Stände an.
Die kleinen Stadtteilfeste sind darum so schön, weil sich so viele untereinander kennen und man jedes Jahr sowohl alte Bekannte trifft, als auch neue Menschen kennenlernt!

Besuche vor Ort

In den sitzungsfreien Wahlkreiswochen bin ich viel in der Stadt unterwegs - zum Gespräch mit Schülern im Politikunterricht (ich hatte die Schulen im Wahlkreis angeschrieben und meinen Besuch angeboten), beim Mädchentreff invia, bei der neuen Krebsberatungsstelle, bei der U-Bahn-Einweihung Fasanenhof, bei Hocketsen und Feuerwehrfesten, bei Solar- und Umweltfirmen, bei der AWS Abfallwirtschaft Stuttgart, in Mehrgenerationenhaus West, und vieles mehr...

... und hier weitere neue Berichte

Gerne nehme ich Vorschläge auf, welche Einrichtung, welchen Verband oder welches Stadtteilfest ich ebsuchen kann:
Den Kontakt zu meinen Mitarbeitern im Wahlkreisbüro finden Sie auf der letzten Seite

40 Jahre Asemwald!

Ute Vogt genießt mit anderen Ehrengästen die flotte Musik von der Musikkappelle

Wer nicht dort wohnt, ahnt zumeist nicht, wie schön es sich am Asemwald wohnen lässt.

Der weite Blick wird nun schon seit Fertigstellung des ersten Hauses vor 40 Jahren genossen - ein Grund zum großen Jubiläums fest!

Rasant abwärts: Legale Downhill-Strecke

... im Dornhaldenwald. Blitzschnelle Fahrer brauchen gesicherte Strecke!

Es sieht schon etwas martialisch aus. Jugendliche, die voll ausgerüstet mit Integralhelm, Nackenstütze, Oberkörperpanzer und verschiedenen Gelenkschonern an der Degerlocher Waldeinfahrt stehen und nur darauf warten, dass es endlich losgeht. Ihr Ziel liegt nahe der Eierstraße im Stuttgarter Süden - doch der Weg dorthin ist das wichtigste.

Sprichwörtlich über Stock und Stein fahren sie mit ihren Spezialrädern in wenigen Minuten die selbst für Fußgänger nicht ganz einfache Strecke, mitten durch den Wald. Dabei sind einige starke Unebenheiten und Baumstämme zu umfahren oder ganz einfach zu überspringen. Doch so einfach wie es aussieht, ist es in Wirklichkeit nicht. Höchste Konzentration und Körperbeherrschung sind gefragt, um bei Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 70 km/h fest im Sattel zu bleiben.

Davon konnte sich auch die Stuttgarter SPD- Bundestagsabgeordnete Ute Vogt ein Bild machen. Zusammen mit dem SPD- Stadtrat Ergun Can und SPD- Bezirksbeirat Eric Preußker nahm sie letzten Mittwoch (18.05.) an einer Begehung der Downhill- Strecke teil.
Auf Initiative des Jugendrates wurde das Thema Downhillradfahren wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Das Problem: In Stuttgart gibt es keine legale Downhill-Strecke. Die Fahrer sind also illegal im Wald unterwegs. Im Jahr 2007 hatte sich der Gemeinderat zwar schon mit dem Thema befasst, allerdings eine Legalisierung der Strecke abgelehnt. Nun wagte der Bezirksbeirat Stuttgart- Süd mit den Stimmen der SPD einen erneuten Vorstoß.

Unter Führung der Arbeitsgruppe für die Realisierung einer legalen Downhill-Strecke nahmen verschiedene Vertreter der Stuttgarter Politik die Strecke in Augenschein. Die Downhillfahrer selbst spendierten den Anwesenden eine Kostprobe ihrer Fahrkünste.

Höchst interessiert ließ sich UteVogt alle Details des Downhillfahrens und der geplanten Strecke erklären. Um Zusammenstöße mit Spaziergängern zu vermeiden, ist an der Kreuzung der Strecke mit einem Waldweg der Bau einer Holzbrücke geplant. „Dies würde auch die Akzeptanz unter den bisherigen Kritikern der Strecke erhöhen“, so Vogt. Aus ihrer Sicht ist es zudem wichtig, dass auch die Anwohner in der Eierstraße eingebunden werden. Hier hatte es in der Vergangenheit Zusammenstöße mit Downhillfahrern gegeben.

Fasziniert war Ute Vogt insbesondere von dem Umgang der Downhillfahrer untereinander. „Der Teamgeist, der hier herrscht, ist einfach toll. Alle kennen sich in der Gemeinschaft untereinander und unterstützen sich gegenseitig“, so die Bundestagsabgeordnete.
Von der sportlichen Atmosphäre angesteckt, ließ es sich die passionierte Motorradfahrerin nicht nehmen, selbst einmal in die Pedale eines Downhillbikes zu treten. Danach gefragt, ob sie nun auf den Geschmack gekommen sei, antwortet sie mit einem Augenzwinkern: „Mein Hund wäre vermutlich vor mir da.“
•••

LSV-Standort in Stuttgart von Schließung bedroht

400 Arbeitsplätze gefährdet

Das ehemalige Bauknechtgebäude in Stuttgart Heslach ist vielen Stuttgartern bekannt, schließlich führt direkt davor die Brücke der B14 in den Heslacher Tunnel. Unbekannt dürfte jedoch sein, dass in dem Gebäude die Landwirtschaftliche Sozialversicherung Baden-Württemberg (LSV) ihren Sitz hat. Sie versichert sämtliche Landwirte und deren Familienangehörige im Lande. Doch damit könnte es jetzt vorbei sein. Ein Papier aus dem Hause von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) sieht eine Fusion aller bundesweit vertretenen 9 Landwirtschaftlichen Sozialversicherungen vor. Die Standorte in Stuttgart (mit 400 Arbeitsplätzen) und Karlsruhe wären damit von einer Schließung bedroht.

Die Gewerkschaften haben bereits Ihren Widerstand angekündigt. Auch die Politik hat reagiert. Auf einer Personalrätekonferenz am 29.06.2011 im Berliner Reichstagsgebäude plädierte Ute Vogt für eine Standortsicherung. „Eine Strukturreform auf dem Rücken der Beschäftigten durchzuführen, kann nicht akzeptiert werden. Die Versichertenbetreuung muss auch weiterhin vor Ort erfolgen, schließlich ist es niemanden zuzumuten nur noch mit anonymen Callcentern zu kommunizieren wie dies bei einigen Krankenkassen schon der Fall ist“, so Vogt weiter.

Ute Vogt mit dem Personalratsvorsitzenden der LSV, Michael Zimmer (rechts) und Personalrat der LSV, Eric Preußker

Stoppt Tierquälerei

Gespräch bei der Tierschutzorganistation Peta

Mit dem Vorsitzenden Harald Ullmann (re.) und Rechtsberater Edmund Haferbeck

Besuch bei Peta Deutschland, Hauptsitz in Gerlingen - der Empfang ist umwerfend: zwei Hunde von Mitarbeiterinnen begrüßen schwanzwedelnd Ute Vogt. Diesen beiden Vierbeinern geht es gut - Milliarden von Tieren weltweit dagegen nicht. Peta hat eine ganze Bandbreite an Themenfeldern und darum gibt es in den Büros viele Spezialisten und Fachleute.
Alles rund um die Themen fleischlos essen - vegetarisch - oder auch veganisch leben, also ohne tierische Produkte wie Leder, Eier oder Milch, gehört zum Standardrepertoire. Aber Peta ist auch aktiv beim Protest gegen Massentierhaltung und Tiertransporte, engagiert sich beim Schutz der Heimtierhaltung (in der Schweiz gibt es schon ein Heimtierschutzgesetz) und geht auf die Barrikaden gegen medizinische Tierversuche. Dass auf Sojamilch 19 % Mehrwertsteuer anfallen, auf Fleisch aber nur 7 % ist ihnen ein Dorn im Auge. Um Tierquäler zu fassen, setzen sie schon einmal eine hohe Belohnung aus, oftmals in Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei - so konnte schon so mancher, der Tiere sinnlos schwer verletzt, gequält oder getötet hat, gefasst werden.

Seit 2002 ist der Tierschutz im Grundgesetz verankert. Seither habe sich auch die Stimmungslage in den Behörden deutlich verbessert, berichtet Harald Ullmann, der 2. Vorsitzende. Peta ist bekannt durch seine Kampagnen, zum Beispiel diejenige mit Baywatch-Star Pamela Anderson, die sich die Bezeichnung für Fleischstücke aus der Metzgerei - Schulter, Brust, Rippe, Hüfte - auf ihre entsprechenden Körperteile für ein Plakatmotiv hat aufmalen lassen. Peta ist ein eingetragener Verein, so Justitiar Edmund Haferbeck, und legt Wert darauf, dass alle Aktionen legal ablaufen.
Neben der werbewirksamen Öffentlichkeitsarbeit gibt es aber das Engagement, das nicht so wahrgenommen wird in der Öffentlichkeit, aber genauso wichtig ist. Viel Fachwissen, Recherche und Gespräche sind erforderlich, um z.B. Gesetzesvorlagen zu entwerfen. Auch die weltweite Ernährungslage ist immer mehr im Fokus - die Globalisierung geriert immer mehr Lebensmittelgiganten, die sich weltweit Rechte, Patente und Handelswege sichern. •••

Leben retten als oberstes Ziel

Ute Vogt auf Tour durch vier DLRG-Stationen am Bodensee

Letztes Jahr ertranken in Deutschland 438 Menschen, mehr als dreiviertel davon fernab der Küste, nämlich in Seen, Baggerseen, Flüssen oder Kanälen. Diese werden nämlich vergleichsweise wenig von Rettungsschwimmern überwacht. Dort aber, wo die Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft DLRG vor Ort ist, gilt Leben retten als oberstes Ziel.
Die DLRG ist heute die weltweit größte Wasserrettungsorganisation, über 560.000 sind Mitglied. Ute Vogt ist Vizepräsidentin der DLRG Deutschland und besuchte nun die Wachstationen in Friedrichshafen, Immenstaad, Meersburg und Sipplingen.
Auch die DLRG am Bodensse rettet oft oder hat Einsätze, die Schlimmeres verhindern. Die Einsatzstichworte lauten dann z.B.: Gekentertes Kanu mit 6 Personen, Segelboot vor Kirchberg gekentert, 2 Tretboote mit 8 Personen vor Friedrichshafen abgetrieben, Motorboot gesunken - Personen im Wasser oder Tauchunfall Überlingen. Bei der Tour mit Ute Vogt gibt es an diesem Tag nur drei Wespenstiche im Strandbad Meersburg zu verzeichnen. Der Bezirksvorsitzende der DLRG, Karl-Heinz Rimmele, berichtet von den Neuanschaffungen aber auch den künftigen Investitionen, die die Ehrenamtlichen Lebensretter brauchen.

Der DLRG-Aktive und SPD-Kreisrat Jochen Jehle listet die Anforderungen auf, die absolviert werden müssen, um Bootsführer zu werden: Bodenseeschifferpatent, Funkerausbildung, Rot-Kreuz-Ausbildung und die DLRG-Ausbildung über koordinierte Rettungsansätze auf dem See. Die Zusammenarbeit mit Österreich und der Schweiz, der Wasserschutzpolizei, dem Roten Kreuz und den Rettungshubschraubern will gelernt sein und muss blind sitzen. Denn die Rettungseinsätze sind oft bei Sturmwarnung, schwerem Seegang oder auch nachts. In Friedrichshafen waren auch der Vorsitzende der SPD Friedrichshafen, Roland Kazcmarek, und Vorstandsmitglied Werner Nuber mit dabei, um sich zu informieren.

Bundestags-Ticker

+ + + **Städtebauförderung - seit 2009 von der CDU-FDP-Bundesregierung um 60 Prozent gekürzt.** Seit 40 Jahren werden die Mittel zur Städtebauförderung für den Erhalt historischer Stadtkerne verwendet, zur Belebung von Innenstädten und auch - gerade in Stuttgart mehrfach mit Erfolg angewendet - zur Aufwertung sozialer Brennpunkte. Ein Förder-Euro zieht mehr als 7 Euro Investitionen nach sich. Schwarz-gelb sieht all die Vorteile nicht - statt dem ursprünglich geplanten Betrag von 610 Mio. EUR soll es jetzt nur noch 410 Mio. EUR geben. Die SPD spricht sich gegen diese Kürzungen aus. + + +

+ + + **Bundesfreiwilligendienste werden vom Ministerium gegen das Freiwilllige Soziale Jahr FSJ ausgespielt.** Das CDU-Bundesfamilienministerium, mit Ministerin Kristina Schröder an der Spitze, war nach der Aussetzung des Wehrdienstes nicht in der Lage eine funktionierende Anschlusslösung zu finden. Ein Anfangsfehler - der dann noch ganz schnell behoben wurde - war zum Beispiel, dass der Kindergeldanspruch der „Bufdis“ nicht geregelt war. Die SPD-Bundestagsfraktion wollte immer ein Gesamtkonzept, bei dem die pädagogisch wertvollen Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ (freiwilliges ökologisches Jahr) eher noch gestärkt, aber nicht zerschlagen werden. Nun liegen die Anmeldezahlen für den Bundesfreiwilligendienst (als Nachfolge für den Zivildienst) weit hinter allen Erwartungen zurück - schon versucht das Ministerium, die Systeme gegeneinander auszuspielen. Die SPD-Fraktion bleibt am Ball. + + +

+ + + **Auch in Deutschland braucht es eine verbindliche Quote für Frauen in Aufsichtsräten.** Selbst Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft wird ab März 2012, wenn sich nichts tut, hierzu eine gesetzliche Regelung auf europäischer Ebene auf den Weg bringen. Andere Länder machen vor, dass, wenn Aufsichtsratsposten frei sind, es durchaus qualifizierte Frauen gibt, die diese besetzen können. Aber CDU-Bundesfamilienministerin Schröder kommt auch an diesem Punkt nicht mit Fakten bei, sondern hofft auf eine freiwillige Einsicht der großen Unternehmen. Übrigens: Viviane Reding gehört der CSV, der Christlich Sozialen Volkspartei, an. Auch im Bundestag gibt es jetzt ganz aktuell eine überfraktionelle Arbeitsgruppe, mit CDU-Frauen, interessanterweise ohne FDP und Linke. + + +

PPP - Das Parlamentarische Patenschafts-Programm

Dieses Jahr waren im deutsch-amerikanischen Jugendaustauschprogramm Kate Fong und Lauren Folk in Deutschland zum Studienaufenthalt zu Gast - Ute Vogt war die Patin.

Heute noch in der Schülerredaktion in Plieningen ...

... und morgen schon in der Pressekonferenz in Berlin: Stefan Goeritz, Teilnehmer an den Jugendpressetagen der SPD- Bundestagsfraktion.
Drei Tage lang hatten 75 Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteure aus ganz Deutschland die Gelegenheit, SPD-Bundestagsabgeordnete und Journalisten zu treffen. Diesmal aus Stuttgart dabei war Stefan Göritz vom Paracelsus-Gymnasium in Plieningen, er wurde von Ute Vogt dazu eingeladen. Die Schülerinnen und Schüler nahmen an einer Pressekonferenz mit dem Fraktionsvorsitzenden Frank- Walter Steinmeier teil, trafen den Juso-Bundesvorsitzenden Sascha Vogt, holten sich Tipps und Tricks direkt bei Hauptstadtjournalisten und besuchten den rbb Rundfunk Berlin- Brandenburg.

Wenn ich Kanzler(in) von Deutschland wär´

... dachte sich so mancher Jugendliche aus Stuttgart, als er am Kabinettstisch im Kanzleramt in Berlin stand. Die Schülerinnen und Schüler nahmen auf Einladung von Ute Vogt im Rahmen der Fahrten des Bundespresseamtes an einer politischen Bildungsreise teil. Nach der Führung durch die repräsentativen Räume und Säle rüttelten sie zwar nicht am Zaun, wie es seinerzeit Gerhard Schröder nachgesagt wurde, aber der eine oder andere konnte sich schon vorstellen, dass es interessant und spannend wäre, einmal dort zu arbeiten.

Zum Programm gehörte auch eine Diskussion im Bundesumweltministerium, die schon weit vor den Ereignissen in Fukushima geplant war und sich nun in erster Linie um die Sicherheit deutscher Atomkraftwerke und den Ausstieg aus der Atomkraft drehte. Die Jugendlichen vom Karlsgymnasium und vom St. Agnes in Mitte, vom Königin-Olga-Stift, vom Eberhard-Ludwigs- und Friedrich-Eugens-Gymnasium in West, vom Schickhardt- und Mörikegymnasium in Süd, vom Wilhelmsgymnasium und der Fritz-Leonhardt-Realschule in Degerloch, vom Paracelsus-Gymnasium in Hohenheim, von der Kreuzkirchengemeinde in Heslach und vom Roten Kreuz in Möhringen sowie einige Mitglieder der Stuttgarter Jusos diskutierten eifrig mit.

Vom harten Ringen um neue Gesetze und tagesaktuelle Politik erfuhren die Jugendlichen bei der Führung durch den Deutschen Bundestag, von der fast 150-jährigen Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Zentrale, und von der wechselvollen Geschichte des jüdischen Volkes im Jüdischen Museum. Bei der Stadtrundfahrt wurde gestoppt an der "East-Side-Gallery", dem von Künstlern bemalten restlichen Mauerstreifen an der Spree, und am Stelenfeld, dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Ein "Bonbon" war die Verschnaufpause bei einem Mittagessen im sich drehenden Restaurant des Fernsehturms.

Am letzten Tag stand die Führung durch ehemalige Inhaftierte des Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen an, das bis zur Wende in Betrieb war. Die Schülerinnen und Schüler waren erschüttert ob der Schicksale, die hinter Mauern und Stacheldraht passiert sind. Sie erfuhren von monatelangen Verhören, von auseinander gerissenen Familien und von der Maschinerie, die über Jahrzehnte hinweg tausende Unschuldiger körperlich und psychisch folterte. Alle waren sich einig, dass sie hier am meisten gelernt haben, und die Diskussionen über all das Gesehene und Gehörte währten noch die ganze Rückfahrt heim nach Stuttgart.

Berlinfahrten

Über das Bundespresseamt kann jede/r Abgeordnete zwei bis drei Fahrten mit Bürger/innen aus dem Wahlkreis durchführen. Ich nehme regelmäßig Aktive aus dem Bereich des Ehrenamtes, der Vereine und der Kirchen mit und sehr wichtig ist mir, dass ich immer eine Fahrt für eine Jugendgruppe anbiete. Das waren einmal Jugendräte und das andere mal Schülerzeitungsredakteure, Schülermitverwaltung und ehrenamtlich tätige Jugendliche vom Stadtjugendring.

Ortsvereine und Kreisverband

Viele Ortsvereine fragen mich regelmäßig für Ihre Sitzungen oder Veranstaltungen an und so bin ich reihum mit dabei. Oder sie teilen mir Termine in ihrem Stadtteil mit, wo eine Teilnahme von mir sinnvoll ist.

SPD-Parteivorstand

Montags von 10.00 - 12.00 tagt außerdem das SPD-Präsidium, dem ich angehöre, sowie etwa alle 6-8 Wochen im Anschluss der SPD-Parteivorstand, in dem ich ebenfalls Mitglied bin.

Ehrenamt

Die meisten von uns sind im Ehrenamt aktiv - meine wichtigste ehrenamtliche Funktion ist die der Vizepräsidentin der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft, DLRG. Dort kümmere ich mich insbesondere um das Thema Integration, Frauen im Sport und natürlich die DLRG Landesverbände im Süden.

Betreuungswahlkreis

Auch in meinem Betreuungswahlkreis Schwäbisch Hall bin ich oft in sitzungsfreien Wochen unterwegs. Sowohl morgens an Schulen im Politikunterricht, mittags bei Firmenbesuchen und abends komme ich auch hier gerne als Referentin zu Abendterminen. Bei einer der Berlinfahrten in 2010 war auch eine Gruppe ehrenamtlich Tätiger aus Crailsheim mit dabei, dieses Jahr fahren wieder einige mit.

Unser Team:

Diese Arbeit wäre nicht zu leisten ohne die tolle Unterstützung meines Büro-Teams:
Daher ein ganz großes Dankeschön an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Mein Team in Stuttgart:

Claudia Eichert und Dr. Matthias Schrumpf kümmern sich um den reibungslosen Ablauf aller Wahlkreisangelegenheiten. Sie sind Ansprechpartner für Bürgeranliegen, alle organisatorischen Vorbereitungen für Vor-Ort-Termine und die Pressearbeit. Hier ist auch die Schnittstelle für die Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen im Wahlkreis und natürlich auch mit allen SPD-Gliederungen in Stuttgart und dem Betreuungswahlkreis Schwäbisch Hall.

Stuttgarter Kontaktdaten:
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711- 5188 90- 10
Fax: 0711- 5188 90- 20
E- Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Sybille Thomas und Robert Oszkinat organisieren den Berliner Alltag. Robert vertritt Anne Martus, die noch bis November in Elternzeit ist. Die beiden kümmern sich um alle Termine in den Sitzungswochen. Dazu gehören die Vorbereitungen für Fraktionssitzungen, Arbeitsgruppen und Ausschusssitzungen. Schwerpunkt liegt hier bei den Zuarbeiten für die Sitzungen der Arbeitsgruppe und des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie für den Untersuchungsauschuss Gorleben. Aber auch die Betreuung der Homepage und aller Internetangelegenheiten sind hier gut aufgehoben.

Berliner Kontaktdaten:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030- 227- 72894
Fax: 030- 227- 76446
E- Mail: ute.vogt@bundestag.de

GESTALTUNG UND TEXTSATZ: CLAUDIA EICHERT